

Zu mehr Mut hat der wissenschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Matthias Rößler MdL, die erneuerungswilligen Kräfte an den Sächsischen Hochschulen aufgerufen: Die anlaufende Stasi-Überprüfung und die jetzt beabsichtigten Grundzüge des Hochschulneuerungsgesetzes seien ein Signal der Hoffnung. Rößler warnte gleichzeitig vor Einschüchterungsversuchen, Tatsachenverfälschungen, und nicht-sachdienlicher Polemik bezüglich des nun angestrebten Verfahrens.

Rößler wörtlich: „Es gibt am Ende einen großen Gewinner: Das sind die Studenten der Sächsischen Hochschulen, die die Chance bekommen, von einer erstklassigen Hochschullehrerschaft ausgebildet zu werden. Die Gewinner sind aber auch alle bislang Benachteiligten und die erneuerungswilligen Kräfte an den Hochschulen und Universitäten: Sie haben im Wettbewerb die Gelegenheit der vollen Rehabilitierung. Wir werden viele hochqualifizierte Wissenschaftler aus dem außeruniversitären Bereich wieder in die Hochschulen integrieren können und machen unsere Hochschulen auch attraktiv für Wissenschaftler aus dem Ausland und den alten Bundesländern.“

Verlierer sind diejenigen, die gehofft haben, daß die Wende des Jahres 1989 den Campus nicht erreicht. Den „Muff von 40 Jahren“, der sich unter manchem Talar verbirgt, werden wir gründlich aufwirbeln.

Mit der generellen Neuausschreibung wird ein unmißverständliches Signal gesetzt: Die CDU ist fest entschlossen, die Revolution des Jahres



Grundzüge der Hochschulneuerung in Sachsen:

„Kein Kahlschlag, aber Signal der Hoffnung“

Verkürztes Berufungsverfahren sichert Kontinuität und Qualität

1989, die das morsche Kommandosystem der SED zum Einsturz gebracht hat, mit rechtsstaatlichen Mitteln in den Bildungsseinrichtungen unseres Landes fortzusetzen!

Alle Lehrstühle werden auf der Basis

eines von der Hochschulstrukturkommission entwickelten Stellenplans neu ausgeschrieben.

Die Ausarbeitung des Stellenplanes wird möglichst beschleunigt.

Das Bewerbungsverfahren ist offen

für alle. Ein Hausberufungsverbot gibt es dabei nicht.

Eine Reihe von Ecklehrstühlen, die im künftigen Stellenplan auf jeden Fall enthalten sein werden und die schon jetzt besetzt sind mit integren und kompetenten Wissenschaftspersönlichkeiten werden nach Überprüfung durch die Personal- und Fachkommissionen vom Staatsminister in einer Art verkürztem Berufungsverfahren bestätigt. Dadurch wird die Erneuerung beschleunigt und kommt sofort in Gang. Gleichzeitig werden unverzichtbare Wissenschaftler auf jeden Fall in Sachsen gehalten.

Es gibt eine klare rechtliche Unterscheidung zwischen Hochschulern alten Rechts – nach DDR-Hochschullehrerberufungsordnungen berufen – (Gruppe 2) und Hochschullehrern neuen Rechts, die bereits in HRG-konformen Verfahren berufen (Gruppe 1) oder vom Staatsminister kommissarisch und ohne Anspruch auf einen Lehrstuhl in die Statusgruppe 1 versetzt wurden.

Es war der ausdrückliche Wille des Ministerpräsidenten, einen Qualitätsunterschied zwischen Hochschullehrern, die auf der Grundlage von DDR-Recht berufen wurden, und „neuen“ Professoren festzustellen und auch sichtbar zu machen.

Die Hochschullehrer der Gruppe 1 bilden den Nucleus für die weitere Erneuerung: Nur sie dürfen Mitglieder von Berufungsgremien sein. Sie bilden eine eigene, exklusive Statusgruppe, die sich im Zuge der Erneuerung nach und nach anfüllt.

Die übrigen Hochschullehrer bilden die Übergangsguppe 2 der Hochschullehrer alten Rechts, die es während der Gültigkeit des HEG geben wird, in die aber auch Angehörige des akademischen Mittelbaus aufgenommen werden, die die Bewerbungsvoraussetzungen für Professuren erfüllen. Alle aus der Gruppe 2 können sich

um Lehrstühle bewerben, daneben aber auch Wissenschaftler aus der Akademie der Wissenschaften, ausländische Professoren und Wissenschaftler aus den alten Ländern. Das bringt uns ein Aufweichen der alten und sich festigenden Herrschaftsstrukturen an den Hochschulen und verschafft den erneuerungswilligen Kräften eine glänzende Ausgangsposition. Von Kahlschlag oder genereller Entlassung kann keine Rede sein, die verkürzten Berufungsverfahren halten jene Wissenschaftler im Land, die Sachsen unbedingt braucht. Eine endgültige Klärung der künftigen Strukturen wird in jedem Fall früher erzielt, als mit dem Offenhalten der Entscheidung über eine künftige Verwendung bis zu einem eigenen Struktur- und Überleitungsgesetz.

Die Personal- und Fachkommissionen arbeiten wie im Entwurf vorgesehen: Das Votum der Kommission ist nunmehr eine notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung für den Erhalt einer ordentlichen Professur. An einer raschen Arbeit der Kommissionen haben insbesondere die Betroffenen, die zu Überprüfenden, nunmehr hohes Interesse. Darüber hinaus prüfen die Kommissionen das gesamte wissenschaftliche Personal.

Die bisher vorgesehene zeitliche Begrenzung der Arbeit der Kommissionen entfällt, sie arbeiten bis zum Ende des Erneuerungsverfahrens.“

Dresden, 28. 5. 1991

Vom 18. bis 23. September 1911 tagte in Paris der 4. Internationale Kongreß für Vererbungs- und Züchtungsforschung. Teilnehmer erschienen aus den verschiedensten Ländern Europas und aus den USA. Kein Gelehrter wird aus dem damaligen Rußland gemeldet, obwohl es sich damals in etlichen Wissenschaftsdisziplinen eine geachtete Stellung erwarb. Infolge des Ersten Weltkrieges vergingen 16 Jahre, bevor im September 1927 der nächste, der 5. Internationale Kongreß für Vererbungs- und Züchtungsforschung eröffnet wurde, diesmal in Berlin. Die stärkste ausländische Delegation kam aus der Sowjetunion. Es reisten aus diesem noch unstrittigen Lande 66 Teilnehmer an, einige ihre Ehemänner begleitend, Frauen eingeschlossen. Fünfzehn der Gäste aus der Sowjetunion hielten Vor-

Erwin Baur (1875–1933) innehatte, Hans Nächtheim, sein Mitarbeiter, schrieb nach einer Reise in die USA: „Die Rückständigkeit Deutschlands auf diesem Gebiet ist geradezu bedrohlich.“ Der führende deutsche Züchtungsforscher Erwin Baur schrieb 1926: „Man mag sich zu dem heutigen Regime Rußlands stellen wie man will, jeder, der die Verhältnisse kennt, wird zugeben müssen, daß heute in Rußland auf dem Gebiete der Pflanzenzüchtung außerordentlich intensiv gearbeitet wird.“ Und im Jahre 1932 beklagte Baur, daß dem von ihm geleiteten Institut nur 1/25 der Summe des vergleichbaren sowjetischen Instituts zur Verfügung steht. Ohne die Berechnung kontrollieren zu wollen, ist doch verständlich, daß nach dem 6. Kongreß für Genetik 1932 in Ithaca in den USA der 7. Kongreß geplant für

Sozialwissenschaften als Stiefkind ostdeutscher Hochschulpolitik?

Das sozialwissenschaftliche Studium an den ostdeutschen Hochschulen ist augenblicklich geprägt durch eine der wenigen – das meine ich jetzt ganz wertfrei – originellen Erfindungen des deutschen sog. Einigungsprozesses. Lediglich die Bezeichnung dieser durch zahlreiche juristische Winkelzüge ausgezeichneten Erfindung ist nicht ganz originell. In schöner deutscher Juristentradition erhielt der Vorgang den Namen „Abwicklung“ – sgl. „Verordnung über Durchführung der Verordnung der Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben“ vom 23. 11. 1938.

Die Voraussetzungen inhaltlicher, struktureller und personeller Art für die Neugründung der Fachbereiche sind zu einem nennenswerten Teil nicht sonderlich günstig. Die Rahmenbedingungen ebenfalls nicht. Die „Aufwicklung“ findet in einem Umfeld statt, das – vorsichtig gesagt – nicht nur Gutes hoffen läßt.

Das einzige, was ostdeutsche Sozialwissenschaftler für die Integration in das nunmehr gegebene politische Umfeld qualifiziert, ist etwas, was ich grundsätzlich kritikwürdig finde. M. E. wird die wichtigste Erfahrung, die aus einem Engagement für eine zivile Gesellschaft in der DDR hätte gezogen werden können, verdrängt. Die Erfahrung, daß radikale Kritik und grundsätzliche Infragestellung Voraussetzung ist für das Erreichen irgendwelcher – möglicherweise dann auch reformerischer – Veränderungen. Statt dessen findet sich bei den ostdeutschen Sozialwissenschaftlern schon wieder der Kompromiß bereits in der Konzeption.

Die ironisch gemeinte Frage, die sich daraus ergibt, lautet: Wird denn diese Integrationsfähigkeit ausreichen, um Akzeptanz bei den politischen Entscheidungsträgern zu erlangen? Um Sachsen als Beispiel zu nehmen: Minister Meyer wird es womöglich reichen. Denn ihm genügen offensichtlich loyale Hochschullehrer. Also solche, die eine Grundidentifikation mit dem System vorweisen können und in ihrer Kritik nicht allzu belastend werden. Dem sächsischen CDU-Fraktionssprecher für Wissenschaft, Rößler, reicht schlichte Loyalität offenbar nicht. Er möchte an den Hochschulen und also in der Ausbildung künftiger Kompetenzträger aktive Vorkämpfer einer konservativen Politik in Amt und Würden wissen. Andernfalls würde er nun wohl kaum auch noch die von der realsozialistischen Loyalität in die FDGO-Loyalität gerutschten Naturwissenschaftler abberufen wollen.

Die Frage nun ist, wie die Studenten diese Vorgänge reflektieren, und wie sie in diesen ungeklärten Verhältnissen zurecht kommen. Den Studierenden wird das Ungeordnete des Studienablaufs und die Unsicherheit bezüglich seiner baldigen Normalisierung langsam zu viel. Ein Großteil sieht sich im Westen

nach Studienmöglichkeiten um. Die Mobilisten – i. d. R. auch die Leistungsfähigsten – werden wohl auch gehen. Wenn die Leute hier augenblicklich noch etwas hält, dann ist es – banal genug – der Wohnheimplatz. Sobald innerlich akzeptiert ist, daß die Investition von ein bis zwei Semestern zur Suche nach einer Wohnung durchaus normal ist in westdeutschen Hochschulstädten – sobald das innerlich akzeptiert ist, werden die Studenten dorthin gehen, wo ein Examen auch Arbeitsmarktchancen eröffnet.

sehe Wissenschaft zeichne sich doch durch Wertfreiheit aus.

Auch bessere der ostdeutschen Wissenschaftler werden derweil hinausgewalutert oder nehmen entwertete berufliche Angebote an. Gleichzeitig ziehen Dutzende Westdeutsche auf dem Sprung in den Osten. Nur leider nicht die prophezeite Leistungsspitze. Derart kann es dahin kommen, daß die ostdeutschen Sozialwissenschaften letztlich das Eldorado der zweitklassigen Ostwissenschaftler sowie der zweit- und drittklassigen Westwissenschaftler

auf einen Schlag durchgesetzt werden. Hinzu kommen die haushaltspolitischen Zwänge. Nun haben sich die westdeutschen Bundesländer auch noch einer angemessenen Beteiligung am Hochschulneuerungsprogramm Ost weigert.

Zu wessen Lasten die Einschränkung des Finanzvolumens dieses Programms gehen wird, kann wohl relativ leicht erraten werden. Als Ausweg aus der prekären Haushaltslage wünscht sich der Wissenschaftsminister Meyer mittlerweile Privat- und Stiftungsuniversitäten. Womit wir dann ein weiteres Element konservativer Hochschulpolitik importiert hätten.

Ganzheitliche Bildungsvermittlung ist nach wie vor ein ungelöstes Aneinanderreihen der sich in der Humboldtischen Tradition verstehenden Universität. Die Chance der Umstrukturierung der ostdeutschen Hochschulen wird jedoch flüchtig lediglich zu einer konservativen Modernisierung genutzt. Disziplinäre ausgerichtete Strukturen werden verfestigt, indem man zum Stand vor der 3. DDR-Hochschulreform zurückkehrt. Vorherrschende Berufsfeldorientierung der universitären Ausbildung und die Favourisierung der Fachhochschulen gegenüber den Unis stehen sozialwissenschaftlicher Qualifizierung entgegen und werden mit den vermeintlichen Anforderungen der Wirtschaft begründet.

Die ostdeutsche Transformationsituation mit ihrem Laborcharakter böte eigentlich die besten Voraussetzungen für sozialwissenschaftliche Forschung und entsprechende attraktive Studienangebote. Wenn wir uns jedoch die allgemeine Entwicklung ansehen, müssen wir beobachten, was E. Altwater in bezug auf die ostdeutsche Wirtschaft „dauerhafte Hospitalisierung“ genannt hat. Er illustrierte es so: „Der Verzicht auf ökonomische Entwicklung in der Ex-DDR wird zur politischen Perspektive. Die Treuhänder würde bei dieser Strategie bald überflüssig; kaum Industrie, ein wenig Nostalgie-Tourismus, viele Golfplätze, einige vorzeigbare Ökobauern, nachdem der große Rest der Landwirtschaft plattgemacht worden ist, nette Dörfer und Güter, diese vielleicht mit echten Junkern... Eine Attraktion am Ende des 20. Jahrhunderts.“

Ein solcher zweitklassiger Landstrich mit zweitklassiger Wirtschaft braucht dann auch nur funktionierende graue Mäuse zu seiner Verwaltung. Diese können allemal auch von zweitklassigen Hochschulen ausgebildet werden. Daß ausgerechnet das sozialwissenschaftliche Studium da eine Ausnahme bilden sollte, scheint mir zweifelhaft. Auch habe ich wenig Hoffnung, daß mit dieser Prophezeiung des Unheils dieses Unheil verhindert werden kann.

PEER PASTERNAK

Sinnlose Selbsterstörung Zur Vererbungsforschung in der UdSSR

träge. Welcher Unterschied! Was war geschehen?

Energische, begabte Forscher hatten in der Zeit zwischen den beiden Kongressen in der Sowjetunion und namentlich in Rußland die Vererbungs- und Züchtungsforschung auf einen hohen und in aller Welt geachteten Stand gebracht. Sie weiteten sich schon mit den USA um die Spitzenstellung. Als Organisator wie als origineller Forscher nahm Nikolai Iwanowitsch Wawilow, geboren 1887 in Moskau als Sohn eines Kaufmanns, eine führende Stellung ein. Unter seiner Leitung wurde ein weites Netz von Versuchsanstalten über die ganze Sowjetunion hinweg eingerichtet. Wawilow bereiste weite Teile der Erde, um Exemplare von möglichst allen Kulturpflanzenarten zusammenzutragen. Er fand, daß es bestimmte Gebiete auf der Erde gibt, die „Genzentren“, in denen besonders viele alte Kulturpflanzenarten zu erwarten sind. Mag Wawilows „Genzentrenlehre“ auch Abstriche erfahren haben, so geborte sie doch zu den anregendsten Hypothesen für Genetik und Züchtung.

Neben Wawilow wirkten andere weltbekannte Vererbungsforscher, deren Arbeiten von jedem bedeutenden Genetiker zitiert wurden. Georgij Gawrilowitsch Nawaschin (1857–1930) war einer der führenden Zell- und Chromosomenforscher. Georgij Dmitrewitsch Karpetschenko (1899–1942), auch Opfer der Stalinherrschaft, stellte aus Reticulum und Kohl einen Bastard her, der wegen seiner Bedeutung für die Frage nach der Entstehung neuer Pflanzenarten viel beachtet wurde. Alexander Sergejewitsch Serebrowski (1892–1948) erforschte die Vererbung beim Geflügel und war einer der Begründer der „Gengeographie“. Sergej Sergejewitsch Tschetwerikow (1880–1959) verband erfolgreich Genetik und Evolutionsbiologie. Weitere Namen könnten folgen. Die Vererbungsforscher in Deutschland litten in der Weimarer Republik sehr unter Geldmangel und schauten deshalb manchmal neidvoll in die Sowjetunion. In Deutschland gab es damals lediglich eine Professur für Vererbungs- und Züchtungsforschung, die an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, die

August 1937, in Moskau und Leningrad stattfinden sollte. Der 1933 in die Sowjetunion emigrierte Jendler Biologe Julius Schaxel (1887–1943) beabsichtigte, diesen Kongreß auch zu einer Tribüne der Abrechnung mit der nationalsozialistischen Rassenlehre zu machen. Schließlich war durch die willkürliche Verknüpfung von Rassenlehre und Vererbungs- und Züchtungsforschung auch die letztere, die exakte Wissenschaft, in Verfall gekommen.

Aber der 7. Kongreß für Vererbungs- und Züchtungsforschung fand erst 1939 statt, in Edinburgh, überschattet vom Beginn des Zweiten Weltkrieges. In der Sowjetunion war der Kongreß unmöglich geworden! Lysenko und seine Anhänger, gestützt von Stalin, hatten den Kampf gegen die Vererbungs- und Züchtungsforschung aufgenommen und bald erlitten zahlreiche Vererbungs- und Züchtungsforscher Repressalien. Der führende sowjetische Genetiker und Züchtungsforscher Wawilow wurde am 6. August 1940 während einer Sammelexpedition in den Karpaten von Geheimdienstleuten verhaftet. Die Todesstrafe wurde zwar in 10 Jahre Gefängnis umgewandelt, aber der 55jährige, weltbekannte Forscher starb am 26. Januar 1943 im Gefängnis in Saratow. Gewiß wurden nach Stalins Tod die Vererbungs- und Züchtungsforscher nach und nach rehabilitiert. Aber der Rückstand ließ sich nicht aufholen. Die „Welt“ „blühte“ nicht, wie sie „sollte“, um den Titel eines durchaus wirkungsvollen Filmes über Mitschurin zu zitieren. Die Bevölkerung der DDR wurde nur wenig und bruchstückweise über diese Geschehnisse um die sowjetischen Vererbungs- und Züchtungsforscher informiert. Statt dessen wurden oft ephemere Namen auf einen Podest gehoben und waren der wahren Freundschaft und wechselseitigen Anerkennung zwischen Deutschen und Russen eher abträglich. Was in der sowjetischen Vererbungs- und Züchtungsforschung also hoffnungsvoll begonnen hatte, als die „richtigen Leute“ die Führung in der Forschung besaßen, wurde von Ignoranz und Mochtegegrößen zerstört. Aber was das nicht die „Tragödie“ des Sozialismus auch auf anderen Gebieten und anderswo?

Dr. rer. nat. GOTTFRIED ZIRNSTEIN



Inhaltlich dominieren augenblicklich die parteinahen Stiftungen mit den von ihnen bezahlten Gastprofessoren das Geschehen. Allein die Konrad-Adenauer-Stiftung hat in diesem Semester 52 Profs vor allem für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften hin- und herfliegen. Es kommt vor, daß Studenten aus den Erfahrungen mit den Adenauer-Flug-Professoren weltanschauliche und politische Pluralität bei den demnächst anstehenden Lehrstuhlnominierungen einfordern. Dann werden sie darüber belehrt, daß dies kein Thema sei. Denn die etablierte bundesdeut-

werden allein deshalb, weil ja irgendeiner die Lehre absichern muß.

Der bar jeder Rationalität erwartete wirtschaftliche Aufschwung in Ostdeutschland führt zur Orientierung an vermeintlich auf marktwirtschaftliche Erfordernisse ausgerichtete hochschulpolitische Ansätze. An den westdeutschen Hochschulen findet eine schlechtere Umverteilung zugunsten der Verwertungswissenschaften und zu Ungunsten der Sozial- und Geisteswissenschaften statt. In Ostdeutschland kann nun durch die Neugründungsprozesse diese Entwicklung viel gründlicher und